KOMPAKT

Nachrichten, Glosse, Leserecho

Covid-Test negativ: Keine Quarantäne für NRW-Bauministerin

FOTO: DPA

Düsseldorf. Befürchtungen über eine mögliche erste Corona-Infektion im NRW-Kabinett haben sich rasch zerschlagen. Ein Schnelltest bei Bauministerin **Ina Scharrenbach (Foto)** habe ein negatives Ergebnis gehabt, teilte die Staatskanzlei am Freitag in Düsseldorf mit. Auswirkungen auf das Landeskabinett und anstehende Beratungen hätten sich daher nicht ergeben. Scharrenbach (CDU) ist das erste Mitglied der Landesregierung, das sich am Freitag wegen eines positiven Corona-Tests in ihrem Umfeld vorsichtshalber in häusliche Quarantäne begeben hatte.

Scharrenbach wollte am Freitag eine Wohnungsmarktprognose für NRW vorstellen. Eine Viertelstunde vor dem Termin kam die Absage. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Gesundheitsamt ist eine weitere Quarantäne der Ministerin nicht erforderlich. *dpa/mk*

NRW fördert 7000 neue Plätze für Pflege-Nachwuchs

Düsseldorf. Das NRW-Gesundheitsministerium will den Ausbau der Pflege-Ausbildung vorantreiben. Wie Minister Karl-Josef Laumann (CDU) am Freitag mitteilte, erhalten Pflegeschulen rund 250 Millionen Euro, um bis zu 7000 zusätzliche Plätze für Pflegeschüler zu schaffen und ihre Einrichtungen zu modernisieren. „Mit diesem finanziellen Kraftakt leisten wir einen wichtigen Beitrag, um den Fachkräftemangel in der Pflege nachhaltig zu bekämpfen“, so Laumann. Die Mittel stammen aus dem Sonderprogramm „Krankenhäuser und Pflegeschulen“, das das Land NRW im Sommer mit insgesamt einer Milliarde Euro gespickt hat. Von der Zuwendung profitieren die mehr als 150 früheren Fachseminare für Altenpflege, also Pflegeschulen, die nicht mit einem Krankenhaus verbunden sind. Seit diesem Jahr sind die bislang getrennten Ausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege zusammengelegt – Azubis spezialisieren sich später.

GLOSSE

Alte und neue Frankfurter Schule

Scharlach, das hier mal zur Abwechslung, ist eine bakterielle Infektionskrankheit, die Fieber, Schüttelfrost, Erbrechen und eine Entzündung des Rachens mit sich bringt. Scharlach kann gefährlich werden, einen Impfstoff gibt es nicht. Vor 70 Jahren ging Scharlach in der Stadt Frankfurt um, deshalb blieben dort nach den Herbstferien die Schulen geschlossen.

Dieser Lockdown, nennen wir ihn mal so, traf die Schulen zu einem ungünstigen Zeitpunkt: E-Mail, PDF und Zoom-Konferenz waren noch nicht erfunden, viele Haushalte hatten noch nicht mal einen Computer! Nach heutigem Verständnis wären die Kinder nicht zu beschulen gewesen und hätten verlängerte Ferien bekommen.

Aber Pustekuchen. Wie dpa damals berichtete, brachte die Bundespost den Schülern ihre Aufgaben als gebührenpflichtige Dienstsache nach Hause. Sie waren so gestellt, dass sie die Kinder täglich mindestens drei Stunden beschäftigten. Erdacht hätten sich das die Lehrer, „um ihre Zöglinge nicht all zu übermütig werden zu lassen“. Diese Hoffnung, so schließen wir daraus neben vielem anderen, war 1950 noch nicht aufgegeben. *abe*

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Rigorose Verbreitung

Wo führt diese Kurve hin? Ein wirksames Mittel hat man leider zum „zahnlosen Tiger“ degradiert: die Corona-Warnapp! Aus meiner Sicht hilft zur Eindämmung und Nachverfolgung nur die rigorose Verbreitung der App (zwangsweise Installation durch Provider/Google/Apple/...) mit wesentlich weitreichenderen Kompetenzen, Datenaustausch und -auswertung. [...] Das Recht auf Datenschutz des Einzelnen sollte hierbei der Gesundheit der Allgemeinheit untergeordnet sein.
Volker Szmania, Essen

Wirft Fragen auf

Corona-Zahlen. Ist schon komisch. Jetzt laufen wir, mit wenigen Ausnahmen, seit Monaten mit Mundschutz herum und trotzdem explodieren Coronazahlen angeblich und nicht zu vergessen auch die ganz normalen Erkältungen. Das wirft Fragen auf.
Heike Horing Dieth, Bochum

@ Bitte senden Sie Ihre Meinung mit Namen und Wohnort an: **meinungsforum@waz.de** *(Wir behalten uns das Recht vor, Ihre Einsendung zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.)*

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE 4

Gründungsherausgeber: Erich Brost und Jakob Funke
Chefredakteur: Andreas Tyrock. **Stellvertreter:** Dr. Anne Krum, Dr. Alexander Marinos.
Desk/Politik: Lutz Heuken (Leitender Redakteur), Torsten Droop (Stellv. Desk). **Chef vom Dienst Lokales:** Heinz-Dieter Schäfer. **Wirtschaft:** Stefan Schulte. **Rhein-Ruhr:** Frank Preuß. **Sport:** Peter Müller. **Kultur:** Jens Dirksen. **Wochenende:** Marc Oliver Hänig. **Düsseldorf:** Dr. Tobias Blasius, Matthias Korfmann. **Redaktion/Reporter:** Andreas Böhme, Annika Fischer, Thomas Mader, Ute Schwarzwald, Hubert Wolf (Rhein-Ruhr), Michael Kohlstadt, Stephanie Weltmann (Politik), Christopher Onkelbach (Politik/Wissenschaft), Frank Meßing, Ulf Meinke (Wirtschaft), Lars Ludwig von der Gönna, Britta Heidemann (Kultur), Georg Howahl, Marc Podgornik, Maren Schürmann (Wochenende). **Produktion:** FUNKE Redaktions Services; Oliver Multhaup (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst). **Technik:** Andreas Mangen.
Mediacampus WAZ: Raufeld Medien, Dr. Sabine Schouten, Paul-Lincke-Ufer 42/43, 10999 Berlin.
Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der **FUNKE Zentralredaktion Berlin:** Jörg Quoos (Chefredakteur), Jochen Gaugele (Stellv.). Online: Carsten Erdmann (Chefredakteur), Laura Himmelreich (Stellv.).
Anschrift der Redaktion: Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen; Internet: waz.de;
E-Mail: zentralredaktion@waz.de.
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Dennis Prien, Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 45, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen: FUNKE Media Sales NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen;
E-Mail: vermarktung@funkemedien.de.
Vertrieb: FUNKE Medien NRW GmbH, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen.
Vertrieb/Leserservice: Tel. 0800 6060710*, Fax 0800 6060750* (*kostenlose Servicenummer).
E-Mail: leserservice@waz.de.
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Verlag: ZEITUNGSVERLAG NIEDERRHEIN GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Jakob-Funke-Platz 1, 45127 Essen, Telefon 0201 8040, Fax 0201 804-2841. Briefanschrift: 45123 Essen.
Geschäftsführer: Ove Saffe, Andreas Schoo, Michael Wüller
Druck: Druckzentrum Hagen GmbH, Hohensyburgstr.67, 58099 Hagen
Für die Herstellung der WAZ wird Recycling-Papier verwendet

Zweifel an so manchem „Nazi-Chat“

Die Suspendierung einiger Polizeibeamter lässt sich wohl nicht aufrechterhalten. NRW-Innenminister Reul unter Druck. Aber auch harte rassistische Äußerungen gefunden

Von Matthias Korfmann

Düsseldorf. Stehen die Ermittlungen gegen mutmaßlich rechtsextreme Polizisten in NRW auf tönernen Füßen? NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), der bei jeder Gelegenheit auf seine „Null-Toleranz-Linie“ im Kampf gegen Rechtsextremisten auch in den Reihen der Polizei erinnert, dürfte in Erklärungsnot geraten. Nicht nur, weil sich eine Beamtin juristisch erfolgreich gegen ihre Suspendierung gewehrt hat. Denn nun kommen weitere Zweifel am Vorgehen gegen andere Beschuldigte dazu.

Das für Polizei-Personalangelegenheiten zuständige Landesamt LAFP sagte am Freitag auf Nachfrage dieser Redaktion: „Wir prüfen derzeit möglicherweise abzuleitende Konsequenzen für acht ähnlich gelagerte Fälle.“ Offenbar ist also die Beweisführung nicht so einfach, dass es sich bei diesen acht Polizisten um Rechtsextreme handelt – wie zuvor bei der Polizistin, deren Suspendierung vom Verwaltungsgericht Düsseldorf aufgehoben wurde. Schon in der kommenden Woche soll die Entscheidung getroffen werden, ob diese acht Polizisten wieder in den Dienst zurückkehren können, so das LAFP. Der Innenmister schwieg am Freitag zu dieser Entwicklung.

> **„Jeder Einzelfall muss betrachtet und juristisch bewertet werden.“**
> **Michael Mertens**, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in NRW

Das Verwaltungsgericht hatte im Fall der betroffenen Beamtin unter anderem bemängelt, dass das LAFP offenbar nicht erkannt habe, dass es sich bei der beanstandeten Hitler-Datei auf dem Handy der Frau um eine Parodie handele: Die abgebildete Person sei „offensichtlich nicht Adolf Hitler, sondern jemand, der mittels einer Parodie Hitler verspotte, überzeichne und der Lächerlichkeit preisgebe“, so das Gericht. Es ist nicht einmal zu klären, ob die Beamtin diese Parodie, die vor sieben Jahren in der Whatsapp-Polizisten-Chatgruppe kursierte, überhaupt gesehen hat.

„Ähnlich gelagert“ könnten die acht weiteren Fälle sein, weil es auch hier möglicherweise eher um Lappalien gehe, hieß es aus Polizeikreisen. Außerdem handelt es sich – wie bei der Beamtin, die vor Gericht zog – um Polizisten, die nur vorübergehend vom Dienst suspendiert wurden.

Polizisten aus NRW sind in Verdacht geraten, rechtsextreme Nachrichten in einer Chat-Gruppe verbreitet zu haben. FOTO: FRANK OPPITZ

Neben diesen „minderschweren Prüffällen“ mit vorübergehender Suspendierung gibt es unter den Beschuldigten aber auch „schwere Prüffälle“, bei denen es um die dauerhafte „Entfernung aus dem Dienst“ geht, erklärte das LAFP. Denn vieles von dem, was Polizisten aus Essen und Mülheim jahrelang in Whatsapp-Chats austauschten, ist offenbar alles andere als harmlos. Es geht laut Innenminister Reul um weit über 100 Bilddateien mit strafrechtlich relevanten Inhalten. „Das sind Bilder, bei denen einem speiübel“ wird, sagte ein Polizist, der die Ermittlungen verfolgt. Sie zeigen zum Beispiel Flüchtlinge auf dem Weg in eine Gaskammer, einen Bewaffneten, der auf einen laufenden Schwarzen zielt und sagt: „Grillkohle rennt weg“, einen Farbigen, der, wie es heißt, „eingeniggt“ sei.

In einigen der 31 Ermittlungsfälle seien die Vorwürfe inzwischen sogar ausgeweitet worden. Einer der beschuldigten Polizisten muss sich einem Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft Duisburg stellen. Der Mann, der Teil der rechten Mülheimer Chatgruppe „Alphateam“ gewesen sein soll, soll einen bereits gefesselten Migranten geschlagen haben. Eine Polizistin habe sich vergeblich über dieses Verhalten bei Vorgesetzten beschwert, heißt es.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht sich durch die erfolgreiche Klage der Beamtin gegen ihre Suspendierung bestätigt. Sie warnte vor Pauschalvorwürfen gegen die Polizei und unterstellte indirekt sowohl Innenminister Reul als auch Teilen der Medien, übertrieben zu haben. „Jeder Einzelfall muss betrachtet und juristisch bewertet werden“, sagte Michael Mertens, GdP-Landesvorsitzender NRW. „Die mögliche Aufhebung weiterer Suspendierungen muss genauso medienwirksam kommuniziert werden, wie die Verbote der Führung der Dienstgeschäfte vor einigen Wochen verbreitet wurden“, so Mertens weiter.

AfD fordert Entschuldigung von Reul

Die AfD warf dem Innenminister vor, bei diesem Thema „Maß und Mitte“ verloren und Unschuldige in Misskredit gebracht zu haben. Reul müsse sich bei der Polizistin entschuldigen.

Das Landesamt LAFP erklärte, es werde nicht gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes vorgehen. Grundsätzlich gelte weiter: Wer fremdenfeindliche Auffassungen vertrete, der habe bei der Polizei keinen Platz.

Bundesweit Schlagzeilen

- Die Vorwürfe gegen insgesamt 31 Polizistinnen und Polizisten aus der **Polizeibehörde Essen/Mülheim** an der Ruhr, jahrelang **rechtsextremistische Chats** ausgetauscht zu haben, wurden Mitte September bekannt und beherrschten bundesweit die Schlagzeilen.
- Seitdem wurden Dutzende Handys, Tablets und Laptops der Beschuldigten untersucht. Diese Ermittlungen dürften noch lange Zeit andauern, erklärte das LAFP. Der Skandal befeuerte den Streit über eine **wissenschaftliche Studie** zu Rechtsextremisten und **Rassisten in der Polizei.**

Minister: Geiselnahme „schulmäßig“ bewältigt

Täter war im Gefängnis in Münster von der Polizei erschossen worden. Nachspiel im Landtag

Düsseldorf. Bei der Geiselnahme im Gefängnis von Münster sind nach Ansicht von NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) keine Pannen passiert. „Die Lage wurde ausgesprochen gut bewältigt“, sagte Biesenbach am Freitag in einer Sondersitzung des Rechtsausschusses des Landtags. „Schulmäßig, sagt meine Abteilung.“

Der offenbar geistig verwirrte Geiselnehmer, der vor einer Woche eine 29 Jahre alte Auszubildende in seine Gewalt gebracht hatte, war nach gut drei Stunden von SEK-Beamten erschossen worden. Die Leiche des 40-Jährigen wies vier Schussverletzungen auf. Die 29-jährige Geisel konnte nahezu unverletzt befreit werden.

Biesenbach äußerte sein Unverständnis über die von der SPD in der Herbstpause des Parlaments beantragte Sondersitzung. „Ich halte diese Sitzung für überflüssig. Da war eine junge Kollegin stundenlang in Todesangst“, sagte der Minister, aber die SPD habe keine anderen Sorgen, als möglichst live informiert zu werden. Die SPD hatte kritisiert, dass Biesenbach die Abgeordneten nicht wie sonst üblich unmittelbar über diese besondere Tat informiert habe.

Die CDU-Abgeordnete Angela Erwin warf der SPD eine „Skandalisierung“ des Vorfalls vor. „Das ist die zweite Geiselnahme innerhalb weniger Wochen“, entgegnete die SPD-Abgeordnete Sonja Bongers. Da sei es selbstverständlich, dass das Parlament informiert werden wolle. Im September war eine Geiselnahme im Gefängnis von Geldern unblutig beendet worden.

NRW-Justizminister Peter Biesenbach (CDU) FOTO: MARCEL KUSCH / DPA

„Wie kann es sein, dass ein Täter, der als gefährlich bekannt ist, sich eine junge Auszubildende greifen kann?“, fragte Bongers zu der Tat in Münster. „Sie selbst hätten die Sondersitzung vor einer Woche beantragt – mit Schaum vor dem Mund“, sagte der SPD-Abgeordnete Hartmut Ganzke zum Justizminister. „Wie sie mit den Rechten des Parlaments umgehen, ist eine Unverschämtheit.“

Die AfD lobte den Polizeieinsatz, der mit dem Tod des Geiselnehmers endete. Dies sei ein deutliches Zeichen an Nachahmer.

In einem Bericht an den Rechtsausschuss heißt es, der Gefangene habe die 29-jährige Auszubildende in den Schwitzkasten genommen und mit dem Griff einer angespitzten Zahnbürste bedroht. Nach Angaben der Frau hatte der Täter gesagt, er sei der Sohn der Jungfrau Maria und müsse nach Spanien, um mit einem Hammer das Coronavirus zu besiegen. *dpa*